

Demokratie wahren, ESM-Ratifizierung stoppen!

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete,
sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter,

ich wende mich heute mit der Bitte an Sie, der Ratifizierung des verfassungsbedenklichen ESM (Europäischen Schuldenmechanismus) und Fiskalpakts am kommenden Freitag nicht zuzustimmen. Dabei geht es mir nicht um die Frage: Soll man Griechenland retten oder nicht? Es geht mir auch nicht um die Dominoeffekte, dass sich nun weitere Länder lieber unter einen Schutzschirm (finanziert von anderen) begeben, statt aus eigener Kraft die Krise zu überwinden. Es spricht vieles für Rettungspakete und es spricht auch vieles dagegen – eine Diskussion, die in der Vergangenheit reichlich geführt wurde.

In meiner Bitte geht es nicht um Hilfen für Griechenland (oder eines der anderen Euroländer), es geht um viel mehr: Es geht um die Demokratie! Allein dass das Bundesverfassungsgericht im Vorfeld der Entscheidung am kommenden Freitag um Aufschub gebeten hat, sollte einer liberalen FDP-Bundestagsfraktion zu denken geben und es sollte Aufgabe ebendieser Fraktion – nicht des Bundespräsidenten – sein, die Ratifizierung eines solchen Gesetzes so lange zu verhindern, bis alle offenen Fragen geklärt sind.

Der Bundestag darf keine unkündbaren internationalen Verträge ratifizieren, die im Widerspruch zu unserem Grundgesetz stehen. Andernfalls wäre dies eine Erpressung des eigenen Volkes, das Grundgesetz aus der Not heraus den Erfordernissen dieser Verträge anzupassen. Unter den gegebenen Umständen, in dem Wissen um die Bedenken des Bundesverfassungsgerichts, würden die befürwortenden Abgeordneten eine solche Erpressung nicht fahrlässig, sondern absichtlich mittragen. Doch den Gedanken an „Volkserpressung“ und deren Konsequenzen für die Verantwortlichen möchte ich erst gar nicht weitertragen.

Stattdessen plädiere ich dafür, zuerst die nötigen Voraussetzungen für ein solches Vertragswerk zu schaffen. Das Grundgesetz selbst gibt uns in seiner Präambel einen guten Rat zur Hand:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Dem deutschen Volk obliegt es, die nötigen Änderungen im Grundgesetz zu veranlassen – man sollte also das Volk entscheiden lassen, ob und wie es das Grundgesetz und damit die Verfasstheit seines Staates ändern möchte.

Ich bitte daher den Bundestag – und insbesondere die FDP-Fraktion – den Weg zu Volksentscheidungen freizumachen, wenn weitere Zuständigkeiten vom Bund an die EU übertragen werden sollen, oder neue Hilfsprogramme aufgelegt werden, die über die bisherigen Volumina der Rettungsschirme hinausgehen.

Das Parlament hat die Aufgabe, die Bürger Deutschlands zu vertreten und deren Rechte auf allen politischen Ebenen wahrzunehmen. Eine Verlagerung dieser Rechte an Gremien außerhalb der Bundesrepublik bedarf zwingend demokratischer Legitimation. Dazu ist es nötig, das deutsche Volk zu befragen, um den Willen der Bürger festzustellen und entsprechend zu berücksichtigen. Der Weg hin zu mehr Europa muss auch ein Weg hin zu mehr Bürgerbeteiligung sein. Nur so kann die Vielzahl der Interessen der einzelnen Kulturen berücksichtigt werden. Der Bundestag sollte sich daher die Zeit nehmen, diesen Schritt ordentlich und besonnen zu planen. Im Anbetracht der derzeitigen Lage müssen wir handeln – und dennoch haben wir Zeit zu handeln.

Die anfängliche Not der Krise wurde bereits durch den EFSF abgedeckt, dessen Kapazitäten derzeit noch ausreichend sind. Daher sollte die übereilte Ratifizierung von ESM und Fiskalpakt kommenden Freitag verhindert werden, um den schwierigen Pfad in dieser Lage mit sicheren und gefestigten Schritten zu gehen.

Mit besten Wünschen

Ihr Thomas Dechant, MdL